

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Corona: Mit der Inzidenzampel nimmt Jamaika endlich unseren Vorschlag auf
- Wirtschaftshilfen: Es dauert einfach zu lange, bis das Geld bei den Unternehmen ankommt
- Bildung: Versagen der Bildungsministerin: Schul-Chaos darf nicht mehr so weiter gehen
- FFP2-Masken: Wir brauchen den besten Schutz für die Bürgerinnen und Bürger
- Impfgipfel: Kräfte bündeln – politische Eitelkeiten zurückstellen

Corona:

Mit der Inzidenzampel nimmt Jamaika endlich unseren Vorschlag auf!

Auch die erste reguläre Landtagssitzung im Jahr 2021 stand ganz im Zeichen der Pandemiebekämpfung. Erster Tagesordnungspunkt war die Aussprache zum kurz zuvor von der Landesregierung vorgestellten „Perspektivplan“, wonach sich Lockerungsschritte für die einzelnen Bereiche an der Unterschreitung von bestimmten Inzidenzen orientieren. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Die SPD-Fraktion hat sich seit Monaten für eine Inzidenzampel eingesetzt, um transparent deutlich zu machen, wann welche Einschränkungen notwendig sind. Bei allen derzeit noch offenen Punkten, z.B. zur landesweiten oder kreisweiten Geltung der Regelungen, ist es gut, dass die Landesregierung darauf bei ihrem Vorschlag für die kommenden Bund-Länder-Gespräche zurückgekommen ist.

Grundsätzlich bleibt es für uns dabei, dass die Systematik der Vorschläge vom Kopf auf den Fuß gestellt werden sollte. Wir brauchen keine Begründung für Lockerungen, sondern weiterhin plausible Begründungen für Einschränkungen. Denn der Staat gewährt Grundrechte nicht nach Gutdünken, sondern muss ihre Einschränkungen zu jedem Zeitpunkt solide begründen können. Alle Maßnahmen müssen faktenbasiert, verhältnismäßig und effektiv sein.

„Wenn es gelingen sollte, das Prinzip der Corona-Inzidenz-Ampel bundesweit zu etablieren, wäre dies ein großer Fortschritt!“



Unabhängig davon müssen die einzelnen Bereiche im Detail kritisch überprüft werden. Gut finden wir, dass nicht nur die starre Inzidenz berücksichtigt werden soll, sondern mittels Impfquote, R-Wert oder Mutationsgeschehen die Dynamik der Pandemie in den Fokus rückt. Auch dafür hat unsere Fraktion sich seit vielen Monaten eingesetzt.

Bei der kritischen Würdigung der einzelnen Bereiche geht es uns insbesondere darum, dass die Interessen derer, die es am schwersten haben, nicht unter den Tisch fallen dürfen. Das gilt insbesondere für Familien mit Kindern, für Bewohner von Heimen oder das medizinische und pflegerische Personal.“

Das war die Landtagsrede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=uZ20tLGY39s>

Es dauert einfach zu lange, bis das Geld bei den Unternehmen ankommt!

*Auf der Seite des Bundeswirtschaftsministeriums ist zu den Überbrückungshilfen zu lesen, dass das Ziel ist, die Sicherung der wirtschaftlichen Existenzen von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die durch Corona-bedingte vollständige oder teilweise Schließungen oder Auflagen erhebliche Umsatzausfälle erleiden, zu stützen. Gut gedacht ist leider noch lange nicht gut gemacht. Existenzen sind gerade akut bedroht. Wir verspielen gerade bei Vielen das Vertrauen in die handelnden Personen. Ich bin im engen Austausch mit betroffenen Unternehmer*innen, Gastronom*innen und Soloselbständigen. Eindringlich beschreiben sie ihre Situation. Ihr Lebenswerk, manchmal die Leistung von Generationen, ist bedroht. Alles, was sie sich aufgebaut haben, scheint sich gerade in Luft aufzulösen. Um ihnen unbürokratisch und schnell Hilfe zu leisten, hat die SPD einen Antrag in den Landtag mit konkreten Vorschlägen in die Landtagssitzung eingebracht. Dazu erklärt Serpil Midyatli:*

„Noch im Oktober gab es viel Zuspruch zu den angekündigten Wirtschaftshilfen. Inzwischen wurden die Ü-Hilfen vereinfacht, verbessert und verlängert. Am angekündigten Programm liegt es also nicht. Es liegt ganz allein daran, dass es einfach zu lange dauert, bis das Geld auch beim Unternehmen ankommt. Die Abschlagzahlungen waren eine Hilfe, allerdings ist das auch schon über einen Monat her.

Wenn ich jetzt Peter Altmaier vorwerfe, dass er als Wirtschaftsminister das nötige IT-System nicht aufgesetzt bekommt, hat trotzdem kein Unternehmen einen Cent mehr auf dem Konto. Wir alle tragen in dieser Pandemie gemeinsam Verantwortung und wir alle werden daran gemessen – ob nun in der Opposition oder in der Regierung. In normalen Zeiten mag das Politgerangel, wer für was zuständig ist, helfen oder uns über eine Lösung hinwegretten. Aber im Moment ist nicht die Zeit für solche Scheingefechte.



„Statt jetzt wieder Verantwortung hin- und herzuschieben, machen wir einen konkreten Lösungsvorschlag!“

Liquidität war wichtig im ersten Lockdown. Aber wir kommen in Bereiche einer dramatischen Überschuldung. Die Unternehmen brauchen frisches Geld als Zuschuss und genau das sind ja die Ü-Hilfen: ein Zuschussprogramm. Und wenn die Programme zu lange brauchen, müssen wir im Land helfen. Daher schlage ich vor, dass wir in Vorleistung gehen. So wie in anderen Bereichen schließen wir als Land die Lücken in der Pandemiebekämpfung. Mir schwebt ein Vorschuss von Seiten des Landes vor. Es geht nicht um zusätzliches Geld, sondern: das Land Schleswig-Holstein überbrückt die Phase, bis das Geld aus Berlin da ist und verrechnet die Summe dann im Anschluss. Das würde den betroffenen Unternehmen sofort helfen.“

Das war die Landtagsrede von Serpil Midyatli: https://www.youtube.com/watch?v=6g4Vu_QTlQI

Versagen der Bildungsministerin: Schul-Chaos darf nicht mehr so weitergehen!

*Die SPD-Landtagsfraktion hat sich konstruktiv zu den Corona-Maßnahmen verhalten. Wir teilen den Grundsatz, so viel Präsenzunterricht wie verantwortbar zu ermöglichen. Das unterscheidet uns von mancher CDU-Fraktion in Opposition. Und wir teilen die Haltung, den Verabredungen der Ministerpräsident*innen und der Bundeskanzlerin zu folgen und auf Alleingänge zu verzichten. Trotzdem darf es so im Bildungsbereich nicht mehr weitergehen! Martin Habersaat fand in der letzten Plenartagung für das Corona-Management von Bildungsministerin Prien scharfe Worte:*

„Es ist nicht hinnehmbar, das vormittags im Landtag das eine verkündet und nachmittags den Schulen gegenüber das andere angeordnet wird. Aus kleinen Lern- und Vorbereitungsgruppen für Abschlussjahrgänge wurde binnen Stunden „Präsenzunterricht gemäß Stundentafel im Rahmen der vor Ort üblichen Zeitstruktur“. Wir brauchen aber eine Ministerin, die ansagt, was in ihrem Ministerium passiert. Verlässlich über einen Zeitraum von mehr als einen halben Tag hinaus.

Die Gelder des Bundes in Folge des Digitalpaktes sind da, werden aber nirgends so langsam abgerufen wie im Saarland und in Schleswig-Holstein. Warum klemmt es?

Das hängt unter anderem mit den schlechten Rahmenbedingungen für die Schulträger zusammen: Länder und Schulträger sollen gemeinsam einen Eigenanteil von zehn Prozent der Mittel leisten. Außerdem sollen die Länder sicherstellen, dass finanzschwache Kommunen auch teilnehmen können. Schleswig-Holstein beteiligt sich an diesem Eigenanteil überhaupt nicht und verlangt von den solventen Kommunen 15 Prozent Eigenanteil, um den anderen diesen Anteil erlassen zu können. Im Verhältnis werden die Kommunen beim Digitalpakt nirgends so schlecht unterstützt wie in Schleswig-Holstein. Jamaika hat sich für die unfreundlichste Umsetzung des Digitalpakts in ganz Deutschland entschieden.

Für viele überraschend war das Fazit der Bildungsministerin zu den Distanzlerntagen im Lande. Alle Systeme des Landes hätten funktioniert, Serverkapazitäten des Landes seien ausreichend gewesen. Das deckt sich nicht mit vielen Rückmeldungen, die uns von überall im Land erreichen. Die Ministerin erklärt das mit den Kapazitäten, die vonseiten der Schulträger zur Verfügung gestellt werden. Es wird aber nicht reichen, den schwarzen Peter bei den Schulträgern abzuladen. Die peinliche Abkürzung mit dem Länderkürzel sh.itslearning ist da nur eine Randnotiz. „Derzeit werden pro Woche bis zu 100 Schulen mit dem LMS ausgestattet.“ Diese Erfolgsmeldung verbreitete die Bildungsministerin am 19. August per Pressemitteilung. Inzwischen könnten also locker alle 792 Schulen Schleswig-Holsteins einschließlich ihrer Nebenstandorte an das Lernmanagementsystem itslearning angeschlossen sein. Sind sie aber nicht. Weil die 100 keine echte, sondern eine reine PR-Zahl war.

„Wir brauchen endlich Leitplanken, an denen Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen sich orientieren können!“



Am Tag vor der Landtagsitzung gab es mit dem Vorschlag einer Inzidenzampel -von Frau Prien am 7. Januar noch wüst abgelehnt- einen ersten Schritt. Der Vorschlag wird allerdings der Ministerpräsidentenkonferenz gemacht und nicht den Schulen. Die müssen weiter gespannt warten.“

Das war die Landtagsrede von Martin Habersaat: <https://www.youtube.com/watch?v=znP61M5rNMo>

FFP2-Masken:

Wir brauchen den besten Schutz für die Bürgerinnen und Bürger!

Die SPD-Fraktion hat auch einen Dringlichkeitsantrag in die letzte Landtagssitzung eingebracht, wonach jede Bürgerin und jeder Bürger kostenfreie FFP2-Masken erhalten soll. Dazu erklärt die stv. Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls :

„Für die SPD-Fraktion hat der Gesundheitsschutz nach wie vor die höchste Priorität. Dafür haben wir den Bürgerinnen und Bürgern vieles abverlangt. Deshalb kann der Staat auch nicht kneifen, wenn es darum geht, seine Bürger mit dem bestmöglichen Schutz zu versorgen. Wenn die MPK Einzelhandel und ÖPNV als Infektionsquelle erkannt hat, dann muss es auch allen ermöglicht werden, - unabhängig vom Geldbeutel - nicht nur andere, sondern auch sich selbst gegen diese Infektion bestmöglich zu schützen. Deshalb fordern wir die Landesregierung dazu auf, wie im SPD-geführten Bremen, dafür zu sorgen, dass kostenlos FFP2 Masken verteilt werden.“



„Wenn die Landesregierung eine Maskenpflicht anordnet, muss sie dafür sorgen, dass auch allen eine Maske kostenfrei zur Verfügung gestellt wird!“

Das war die Landtagsrede von Birte Pauls: <https://www.youtube.com/watch?v=znP61M5rNMo>

Impfgipfel:

Kräfte bündeln – politische Eitelkeiten zurückstellen!

Zu den Ergebnissen des Impfgipfels erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Bei dem von der SPD eingeforderten Impfgipfel ist doch mehr rausgekommen, als man zu hoffen wagte. Vorausgesetzt die weiteren Impfstoffe erhalten die entsprechende Zulassung, könnte genug Impfstoff bereitstehen, damit am Ende des zweiten Quartals fast 50 Millionen Menschen geimpft wären.“

„Die Pharmaindustrie spielt bei der Bekämpfung der Pandemie eine zentrale Rolle. Sie muss weiterhin in die Pflicht genommen werden!“



Schade, dass es erst des entsprechenden Druckes bedurfte, damit endlich alle an einen Tisch kommen. Das hätte Herr Spahn schon Wochen zuvor machen können.

Im zweiten Quartal haben Bund und Länder die Chance, es besser zu machen als im ersten. Da Jamaika auf die konstruktiven Vorschläge der Opposition gehört hat, hat sich die Situation hinsichtlich der Impfterminvergabe verbessert. Das Gleiche sollte die Landesregierung auch bei den FFP2-Masken tun. Das ist besser, als wochenlang darauf zu beharren, keinen Fehler gemacht zu haben. Jetzt muss es darum gehen, möglichst schnell möglichst vielen Menschen die hochwertigsten Masken zum Gesundheitsschutz zur Verfügung zu stellen. Wenn wir wirklich bis zum Herbstanfang über zwei Millionen Schleswig-Holsteiner durchimpfen wollen, dann stehen wir vor einer Mammutaufgabe, gegen die die Verteilung der bisherigen Impfdosen ein kleines Problem war. Deshalb wollen wir alles Nötige dazu beitragen, um die kommenden Schwierigkeiten gemeinsam schnellstmöglich aus dem Weg räumen. Die nächsten Wochen werden entscheidend sein und es werden viele Schwierigkeiten auftauchen, mit denen jetzt noch niemand rechnet. Dabei heißt es flexibel und lösungsorientiert zu handeln. Die SPD-Fraktion ist bereit dazu!“

Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Heimo Zwischenberger, Pressesprecher
Marie Strake, Layout

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD **FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN**